



DJV-Verbandstag 2010

Rede

DJV-Bundesvorsitzender

Michael Konken

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

beim Verbandstag in Essen geht es um das Thema „DJV 2015“. Wir wollen den Blick nach vorne richten auf die Entwicklung in den Medien und darauf, wie der DJV der Zukunft aussehen muss.

Mit einem Diskussionspapier, das ich Euch bereits in Berlin angekündigt hatte, hat sich der Bundesvorstand vor einigen Monaten mit unserer Rolle in einer sich rasant verändernden Medienwelt befasst. Er will die richtigen Fragen stellen, will Wege zu den Antworten aufzeigen und Vorschläge für Reformen im DJV diskutieren.

Reformen, und das betone ich ausdrücklich, die nicht unsere Philosophie in Frage stellen, sondern praktisch ausgerichtet sind und uns als Gesamtheit effektiver und schlagkräftig machen müssen.

Hier in Essen wollen wir Euch einbeziehen und

Eure Kritik und Eure Anregungen in das Zukunftspapier einarbeiten, um die richtigen Antworten möglichst bald zu finden.

Der DJV vertritt seit mehr als 60 Jahren die Interessen der hauptberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten. Eine Erfolgsgeschichte, an der alle Mitglieder ihren Anteil haben und die einen wesentlichen Grund darin hat, dass wir an unserem Alleinstellungsmerkmal festhalten: Nur wir vertreten die journalistischen Profis und nur die!

Wir werden auch weiterhin Gewerkschaft und Verband sein, um so allen unseren Kolleginnen und Kollegen in allen Fragen des Berufs zur Seite zu stehen, ihnen in – fast – jeder Lebenslage zu helfen.

Wir sind für unsere Mitglieder da. Und damit ist klar, dass bei jeder Veränderung unsere Mitglieder im Mittelpunkt stehen, denn die Interessenvertretung für unsere Mitglieder ist die Existenzberechtigung des DJV und jegliches Denken und Handeln muss diesen Impetus haben.

Das Erfolgsrezept des DJV ist seine Doppelfunktion als Gewerkschaft und Berufsverband.

Dieser integrative Ansatz ist ein Ansatz über Berufsgruppen und Altersgruppen hinweg, eine Klammer für alle hauptberuflichen journalistischen Tätigkeiten, eine Klammer, die verbindet und keine Egoismen zulässt.

Sie ist und bleibt das Markenzeichen des DJV.

Die Marke DJV gewinnt immer noch an Stärke. Ein Beweis dafür sind die vergangenen Betriebsratswahlen. Wir konnten den Anteil in den Betriebsräten der Medienunternehmen um 13,7 Prozent deutlich verbessern. Im Einzelnen war dies bei den Tageszeitungen ein Plus von 13,3 Prozent, Zeitschriften 14,5 Prozent, Agenturen 36,4 Prozent und im privaten Rundfunk knapp 19 Prozent.

Professionalität, Kompetenz, Seriosität, Kontinuität und Verlässlichkeit des DJV werden in allen Medienbetrieben und bei allen Medienschaffenden geschätzt und honoriert.

Lasst mich kurz auf einige der Leitfragen eingehen, um die es uns geht – Leitfragen, auf die wir Antworten finden müssen, die auch die Aufgabenstruktur des DJV betreffen.

Die Erwartungen an die Hilfestellung durch den DJV sind hoch:

Tarifverträge verhandeln, die fachliche Beratung, der umfassende Rechtsschutz, Bildungsangebote, Fachtagungen und Kongresse sowie Serviceleistungen wie das DJV-Bildportal und die Angebote der V & S.

Die Schwerpunkte der Beratung in den Geschäftsstellen und in Veranstaltungen folgen den Veränderungen in den Berufsgruppen. Der DJV muss in seiner Gesamtheit immer mehr leisten, die Zahl der Mitglieder und damit die Beitragseinnahmen sind im besten Fall stabil. Die Organisationsstruktur des DJV muss auf den Prüfstand mit dem Ziel, als Ganzes noch effektiver zu arbeiten.

Beispiel Tarifarbeit:

Dort stehen wir aktuell in Verhandlungen mit den Zeitungsverlegern.

Die zweite Verhandlungsrunde mit dem BDZV über neue Tarifverträge für rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen hat die Beteuerungen der Verlagsmanager zum Wert der journalistischen Arbeit als Sonntagsgerechte entlarvt:

Statt angemessener Gehalts- und Honorarerhöhungen wollen sie einen neuen, deutlich abgesenkten Tarifvertrag für Berufseinsteiger einführen.

Der Einstiegtarif soll nach Meinung der Verleger niedrigere Gehälter, eine Absenkung bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie eine höhere Wochenarbeitszeit beinhalten.

Für den heutigen Personalstamm an Redakteurinnen und Redakteuren erwarten die Verleger ebenfalls erhebliche Zugeständnisse:

Für zunächst drei Jahre sollen alle Verlage unabhängig von der konkreten Gewinnsituation das Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf zusammen ein Gehalt absenken können, im Gegenzug lediglich auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Wo, frage ich Euch, sind denn Redaktionen noch so besetzt, dass das ein echtes Zugeständnis wäre? Wie wollen wir unseren Mitgliedern bei Springer erklären, dass der Verlag an einem Tag ein Rekordergebnis mit mehr als 25 Prozent Umsatzrendite verkündet und am nächsten Tag die Sonderzahlungen absenkt?

Die Gehälter sollen in den ersten zwei Jahren durch Einmalzahlungen und nur im dritten Jahr durch eine prozentuale Anhebung steigen.

Eine Forderung, liebe Verlagsmanager, die Verleger nie formulieren würden.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit viel Verständnis den Verlagen über schwierige Zeiten geholfen und Einbußen hingenommen. Das geht so nicht weiter!

Die Verlagsmanager sind dabei, einen ganzen Berufsstand zu demontieren und gefährden damit ihre eigene Zukunft, denn letztlich hängen Abonnements und Verkäufe von der Qualität ab, die in den Redaktionen möglich gemacht wird.

Dazu passt auch die immer noch praktizierte Leiharbeit. In vielen Gesprächen mit den im Bundestag vertretenen Parteien haben wir in den vergangenen Monaten immer wieder den so genannten „Drehtüren-Effekt“ erläutert. Ich hatte das Gefühl, die Politiker befanden sich selbst in der Drehtür der Lobbyisten aus Verlegerkreisen, da sich ihre Argumentation selbst im Kreise drehte.

Mittlerweile gibt es eine Gesetzesinitiative, um den Missbrauch der Leiharbeit einzudämmen – eine, die meines Erachtens nicht ausreicht. Der Gesetzentwurf schreibt etwa vor, dass Leiharbeitnehmer genauso viel verdienen müssen wie die Stammebelegschaft, wenn sie in den vorhergehenden sechs Monaten in dem Betrieb fest angestellt waren. Diejenigen Zeitungsverlage, die mit Hilfe der Leiharbeit tarifliche Standards umgehen, stellen dann nicht ehemalige Redakteure, sondern Volontäre oder Freie dauerhaft als billige Leiharbeitnehmer ein.

Wir benötigen die zeitliche Begrenzung der Leiharbeit auf maximal zwei Jahre und eine konsequent gleiche Bezahlung.

Leiharbeit zur Umgehung von Tarifverträgen ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Anschlag auf die Sozialpartnerschaft in den Verlagen.

Besonders im Journalismus stößt Leiharbeit auch auf verfassungsrechtliche Bedenken. Journalisten in Leiharbeit können von heute auf morgen gekündigt werden. Sie sind nicht hinreichend rechtlich abgesichert, um ihre Arbeit unabhängig zu verrichten.

Innere Pressefreiheit? Ein unglaublicher Zustand, einer, der unsere journalistische Unabhängigkeit durch die Hintertür aushebelt. Ich fordere die Politik noch einmal und wiederum deutlich auf: Beenden Sie den Missbrauch der Leiharbeit, begrenzen Sie die Leiharbeit auf ihren eigentlichen Zweck!

Zur tariflichen Arbeit gehörten auch die Verhandlungen über Gemeinsame Vergütungsregeln. Im Zeitungsbereich sind sie für den Text abgeschlossen, für die Fotohonorare und für die Zeitschriften nicht.

Wie schwer die Umsetzung vertraglicher Vereinbarungen ist, zeigt genau dieses Thema.

Obwohl der Vertrag seit dem 1. Februar in Kraft ist, zahlen viele Verlage immer noch unangemessen niedrige Honorare.

Um die höheren Honorare durchzusetzen, müssen vor allem unsere freien Kolleginnen und Kollegen selbst aktiv werden. Wir können nur Hilfestellungen geben. Ein Schritt zur Durchsetzung der Ansprüche ist die Gründung von Freien-Gruppen an Tageszeitungen unter dem Dach der Journalistengewerkschaften.

Wir appellieren aber auch und besonders an die fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Zusammen mit den Freien sind sie ein Team, das gemeinsam für die Einhaltung der Rechte aller im Team kämpfen müssen. Zeigt Solidarität. Seit neun Monaten sind die Vergütungsregeln Vertragsgrundlage, aber sie werden vielerorts missachtet. Sozial verantwortliche Geschäftspolitik, liebe Verleger, sieht anders aus. Um den Druck zu verschärfen, haben wir gemeinsam mit ver.di eine Kampagne gestartet, um Verleger zum Zahlen zu bewegen und freie Journalisten auf ihre Rechte hinzuweisen. Wir machen mit, wir kämpfen mit, allerdings müssen die freien Kolleginnen und Kollegen auch mitmachen.

Diese Beispiele sind nur einige von vielen, denn Tarifverhandlungen finden fast täglich statt, nicht nur bei Zeitungen, auch bei Zeitschriften, Agenturen oder im Rundfunkbereich. Und sie werden immer schwieriger. Der BDZV ist längst nicht mehr geschlossen, da macht mancher Verleger, was er will. Mitgliedschaften ohne Tarifbindung nehmen zu und damit auch die Notwendigkeit, Haustarifverhandlungen in einzelnen Verlagen zu führen. Eine zeit- und personalintensive Aufgabe, mit der Landesverbände immer häufiger konfrontiert werden, die häufig auch das Mitwirken des Bundesverbandes erforderlich macht.

Die rasante Entwicklung neuer Medienbereiche, der veränderte Medienkonsum insbesondere von jungen Menschen, die Veränderungen auf dem journalistischen Arbeitsmarkt und die mangelnde Wertschätzung journalistischer Arbeit stellen die Tarifarbeit des DJV vor neue Herausforderungen.

Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist es, angemessene Arbeitsbedingungen und soziale Standards im gesamten Journalismus zu erhalten und auszubauen.

Medienunternehmen, Tochtergesellschaften oder übergeordnete Dienstleistungs-GmbH's, die nicht mehr der Tarifbindung unterliegen, müssen wir durch speziell zugeschnittene „Brücken-Angebote“ zurückholen. Dazu gehört auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifwerken.

Eine Herausforderung, der sich Länder und der Bund noch intensiver als bisher stellen werden, um für unsere Mitglieder akzeptable Arbeitsbedingungen zu sichern. Dass muss denjenigen die Schamesröte ins Gesicht treiben, die nicht Mitglied im DJV oder in ver.di sind, aber als Trittbrettfahrer von den Ergebnissen unserer Verhandlungen profitieren.

Nicht zuletzt aus diesem Grund muss die Mitgliedschaft im DJV ihren deutlichen Mehrwert auch erkennen lassen, einen Mehrwert, der sich u. a. durch exklusive oder vergünstigte Teilhabe an DJV-Angeboten darstellt. In diesem Bereich gilt es, mehr als bisher anzubieten, damit auch Nicht-Mitglieder hierin einen Aspekt für eine Mitgliedschaft sehen.

Lieber wäre es mir, wenn Journalisten, egal wo sie tätig sind, erkennen würden, dass die Mitgliedschaft in einer starken Gewerkschaft und einem starken Verband unseren Beruf

schützt und unsere Interessen sichert. Doch die Erkenntnis „nur gemeinsam sind wir stark“ scheint in einer egoistisch orientierten Arbeitswelt immer mehr an Bedeutung zu verlieren.

Wir werden unser Profil weiter schärfen, werden auch die Koordinationsrolle in der Bildungsarbeit weiter ausbauen.

Mit den Fachtagungen und Kongressen sind wir erfolgreich, wollen allerdings diesen Weg modifizieren. Künftig wird es, bis auf die Fachtagungen der Jungen Journalisten, die des Onlinebereichs und die überaus erfolgreiche Tagung „Frau Macht Medien“, nur noch zentrale Veranstaltungen geben, an denen die Vertreter aller Berufssparten teilnehmen und die mit einem gemeinsamen Thema alle Fachbereiche ansprechen. Diese Kongresse sind keine Konkurrenz zu den von den Ländern ausgerichteten Journalistentagen, beides ergänzt sich zu einem wichtigen und wertvollen DJV-Angebot.

Unseren berufsethischen Auftrag setzen wir in kontinuierlicher Behandlung der einschlägigen Themen Presse- und Rundfunkfreiheit und Medienvielfalt um. Aktuelle Beispiele dafür sind:

In Sachsen stehen immer noch zwei Kollegen vor Gericht, die ihren verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllten. Das Mitte August durch das Dresdner Amtsgericht verkündete Urteil gegen die beiden freien Journalisten Thomas Datt und Arndt Ginzler ist schmerzlich für die beiden Kollegen und schädlich für den Journalismus in Deutschland. Wenn das Urteil Schule macht, besteht die Gefahr, dass auch andernorts versucht wird, kritisch und investigativ recherchierende Journalisten einzuschüchtern.

Zur Erinnerung: Das Amtsgericht Dresden hatte die beiden angeklagten Journalisten wegen übler Nachrede zu 50 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt. Streitgegenstand war eine in Frageform formulierte Textpassage in Zeit-Online. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung eingelegt, weil es ihrer Ansicht nach zu mild ist.

Wir werden den beiden Kollegen weiter den Rücken stärken und beide haben auch gemerkt, wie wichtig und wertvoll es ist, den DJV als starken Partner an der Seite zu wissen. Denn nicht nur moralisch helfen wir ihnen, wir können ihnen auch durch unseren Rechtsschutz viele finanzielle Sorgen nehmen. Ich hoffe, dass die nächste Instanz beide freispricht. Sollte das nicht der Fall sein, sollten wir den Kollegen bei der Bewältigung einer möglichen finanziellen Strafe helfen. Dieser Fall ist exemplarisch dafür, dass wir weiter für die Freiheit unserer Berichterstattung eintreten und uns nicht durch staatliche Maßnahmen einschüchtern lassen.

Beliebtes Spielfeld der staatlichen Einflussnahme ist auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Der Fall Nikolaus Brender ist für mich noch nicht zu den Akten gelegt. Brender war ein Beispiel dafür, wie Parteien sich willfährige Journalisten heranziehen wollen. Die Macht staatlicher Einflussnahme in den Gremien von ARD und ZDF muss gebrochen werden. Inhaber staatlicher Ämter haben dort nichts zu suchen. Sonst sind wir auf dem Weg zum Staatsfernsehen. Und das in einem Kernbereich für einen unabhängigen Journalismus und somit für eine freie öffentliche Meinungsbildung.

Neuerlichen Versuchen von Staatskanzleien, in die Programmhoheit einzugreifen, muss entschieden begegnet werden. Die Einmischung in redaktionelle Abläufe, ein mittlerweile vorhandenes falsches Verständnis in einigen Rundfunkräten und im ZDF-Fernsehrat, muss ein Ende haben.

Unser ethischer Auftrag vermittelt den Journalistinnen und Journalisten das „Wir-Gefühl“. Der ethische Aspekt der Mitgliedschaft wird aber nur dann mit Erfolg angesprochen, wenn der DJV als die gewichtige, kompetente Stimme der Pressefreiheit auch weiterhin öffentlich massiv wahrgenommen wird.

Immer wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Arbeit der freien Journalistinnen und Journalisten. Auch wenn andere mit großen Sprüchen und Luftschlössern sich als die wahren Vertreter dieser Berufsgruppe sehen – geleistet haben sie dafür noch nichts. Wir sind die Vertretung der Freien, aller Freien, nicht nur der so genannten Edelfedern. Wir bieten Service von der Existenzgründung über die Beratung in allen Fragen der Berufsausübung bis zur Absicherung im Alter. Eine Aufgabe, die weiter ausgebaut werden muss, weil die freien Beschäftigungsverhältnisse weiter zunehmen, während soziale Absicherung und Vergütung sinken.

Freie Journalistinnen und Journalisten sind oft Einzelkämpfer, stehen in Konkurrenz zu den nebenberuflich Tätigen, die Honorare deutlich absenken, da sie nicht davon leben müssen. Wir müssen nicht über die Qualität dieser Arbeit reden. Wir müssen noch konzentrierter die Professionalität der freien Journalistinnen und Journalisten fördern und Überzeugungsarbeit nach innen und außen leisten, um deren Qualität herauszustellen.

Wer auch künftig Qualitätsmedien erwartet, muss mit dafür sorgen, dass sich der ideelle Wert journalistischer Arbeit an deren Bezahlung ablesen lässt.

Unter diesem Gesichtspunkt sind wir auch in das Thema Leistungsschutzrecht für Verlage eingestiegen.

Warum? Die Bundesregierung will ein Leistungsschutzrecht der Verlage Gesetz werden lassen. Das ist Fakt. Wir haben unsere Zustimmung im Sinne der Autoren an klare Bedingungen geknüpft:

1. Die Rechte der Urheber dürfen durch ein Leistungsschutzrecht nicht angetastet werden. Ein solches Recht hat nichts zu tun etwa mit der Mehrfachverwertung von Beiträgen der Freien.
2. Wenn das Leistungsschutzrecht Wirklichkeit wird, müssen die Urheber an den Erlösen angemessen beteiligt werden. Über die Höhe des Anteils verhandeln wir mit den Verlegern.
3. Die Verlage müssen sich für fest angestellte und freie Journalisten zu einem Ausgleich vertraglich verpflichten. Eine Belastung darf es nicht geben. Sonst stimmen wir einem Leistungsschutzrecht nicht zu.

Die Verlage müssen akzeptieren, dass sie nicht mit einem Honorar alle Nutzungsrechte an den Beiträgen erhalten.

Unsere Organisationsstruktur ist die Gewähr dafür, dass wir nah an den Mitgliedern sind. Sie muss erhalten und gestärkt werden. Unsere Stärke ist das föderale Prinzip; dieses stützt unsere basisdemokratische Grundauffassung. Effektivität und Effizienz der Landesverbände können durch Kooperationen gestärkt werden. Beispiele dafür sind gemeinsame Journalistentage, koordinierte Bildungsangebote, die Zusammenarbeit bei den Publikationen und gegenseitige Urlaubsvertretungen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Über solche Beispiele hinaus müssen weitere Formen der Zusammenarbeit diskutiert und organisiert werden. Die DJV-Landesverbände und deren Untergliederungen sind nah an den Mitgliedern, an deren Beschäftigungsverhältnissen und an regionalen und lokalen Medienthemen. Lokale, regionale und länderspezifische Entwicklungen können so in kürzester Zeit im DJV insgesamt aufgegriffen und für die Arbeit des DJV genutzt werden. Zudem ist die örtliche Nähe ein Pluspunkt im Vergleich zur Konkurrenz.

Das bedeutet aber auch, dass wir in einem föderalen Aufbau noch mehr als bisher über die Landesgrenzen schauen müssen, personelle Ressourcen bündeln, uns noch besser vernetzen müssen. Länderübergreifende Arbeit stärkt unsere Schlagkraft und Kompetenz, sorgt dafür, dass wir in allen Bereichen gut aufgestellt sind. Nachteile dieses demokratischen Prinzips bestehen unter anderem in längeren Entscheidungswegen, einer aufwändigen Organisationsstruktur mit zurzeit 17 Geschäftsstellen und deutlichen Unterschieden hinsichtlich Beitragshöhen und Mitgliederverwaltung. In diesen Arbeitsfeldern müssen wir ansetzen, müssen Reibungsverlusten entgegenwirken.

Dass die Fusion in Berlin wegen einer Gruppe verschoben werden musste, die der Zusammenarbeit eine Absage erteilten und zerstörerisch und mit Verleumdungen agiert, ist nicht nachvollziehbar. Damit stellen sich wenige Agitatoren gegen Reformen und bessere Angebote für die Mitglieder. Wir werden gemeinsam mit den Ländern aber alles tun, um diesen wichtigen Schritt doch zu realisieren. Ich danke Peter Pistorius und seinen Mitstreitern, dass sie nicht aufgeben, sondern der Weg zu Ende beschritten wird.

Um es an dieser Stelle deutlich zu sagen: Der Bund wird auch weiterhin die koordinierende Rolle einnehmen. Es wird keine Zentralherrschaft angestrebt, wie sie ab und zu von interessierter Seite „herbeigerüchtet“ wird. Wir sehen aber, wo wir als Bund mehr anbieten können, um die Länder zu entlasten. Und genau diese Punkte müssen wir diskutieren. Als Bund haben wir die Aufgabe aus dem Grundsatzprogramm, uns für gleichwertige und übertragbare Rahmenbedingungen in allen Medienbereichen einzusetzen. Wir müssen sicherstellen, dass die Mitglieder in allen Landesverbänden unabhängig von ihrer Mitgliederzahl und finanziellen Ausstattung die gleichen umfassenden Angebote und den entsprechenden Service erhalten.

Dazu gehört eine professionelle Kommunikation, die die gesamte thematische Bandbreite unserer Gewerkschaft und unseres Berufsverbandes abdeckt. Die bisherige Kommunikation verläuft größtenteils als Einbahnstraße von der Verbandsspitze hin zu den Mitgliedern bzw. Berichterstattern. Der DJV setzt in diesem Austausch künftig stärker auf den Dialog und will die interaktiven Möglichkeiten des Netzes nutzen. Darüber führen wir derzeit intensive Gespräche, auch mit befreundeten internationalen Verbänden, um Erfahrungen auszutauschen.

Große Bedeutung hat in diesem Dialog die DJV-Homepage, aber auch die sozialen Netzwerke. Die DJV-Homepage soll sich von der reinen Wissensbörse zum Journalistentreffpunkt wandeln. Vorhandene Blogs sollen näher an die DJV-Homepage herangeführt werden. Homepage und Blogs sollen eine virtuelle DJV-Familie bilden. Dazu kommen evtl. ein DJV-Forum und Möglichkeiten, interaktiv unterschiedliche berufsspezifische Angebote zu machen.

Hier nutzen wir internationale Kontakte, die wir aufgrund unserer Mitgliedschaft in der EJF und IJF haben.

Zusammen mit den deutschsprachigen Verbänden in Europa sind wir auf einem gutem Weg, die EJF-Aktivitäten zu stärken und mehr als bisher in den Mittelpunkt zu rücken. Ein erster Schritt ist in diesem Zusammenhang eine Veranstaltung in Brüssel, die in einer Woche stattfinden wird.

Wir wollen besonders die Beziehungen zu Verbänden aus Nachbarländern stärken und dabei Kontakte der Landesverbände nutzen, wollen die EJF in ihrer Eigenständigkeit gegenüber der IJF unterstützen und ihre Finanzkraft stärken.

Der DJV muss in Deutschland als die Organisation identifiziert werden, die auch in europäischen Fragen der richtige Ansprechpartner ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies waren einige wenige der Themen, die uns im vergangenen Jahr durchgehend beschäftigten, die uns auch weiterhin beschäftigen werden, um die Bedingungen für journalistische Arbeit zu verbessern. Mit dem Euch vorliegenden Positions- und Perspektivpapier wollen wir die Diskussionen anregen. Wir setzen auf einen regen innerverbandlichen Diskurs. Wir brauchen ihn, weil der DJV unser gemeinsamer Verband ist, unsere journalistische Heimat.

Die mediale Welt verändert sich rasant und niemand weiß, was uns im kommenden Jahr erwartet. Ich schaue aber positiv und optimistisch in diese Zukunft, nicht zuletzt weil wir auch in den vergangenen Jahren alle Herausforderungen meistern konnten, auch wenn es nicht einfacher wird; es geht vor allem nur mit Euch zusammen.

Ein Patentrezept für alle journalistischen Lebenslagen kann keiner bieten. Auch wir nicht. Wir alle sind Teil eines Prozesses, der von vielen anderen Protagonisten gesteuert wird.

Ich möchte schließen mit einem Satz von Karl Geibel. Ein Satz, mit dem er seine letzte Rede als Vorsitzender des DJV Baden-Württemberg beendete und der all das einschließt, was ich angerissen habe:

Zum DJV gibt es keine Alternative.

In diesem Sinn freue ich mich auf fruchtbare Diskussionen, Diskussionen die zeigen, dass wir ein lebendiger Verband sind, der jeden Tag kompetent die Medienlandschaft bereichert.